

An die Damen und Herren
Mitglieder des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands
CDU-Abgeordneten im Deutschen Bundestag
Vorsitzenden der Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände
Generalsekretäre und Geschäftsführer der Landesverbände
Geschäftsführer der Vereinigungen und Sonderorganisationen
Geschäftsführer der Kreis- und Bezirksverbände



Berlin, 11. Juni 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde der CDU,

bevor ich Sie über die Ergebnisse des gestrigen „Bildungsgipfels“ und der Gespräche zu Hilfen für Opel informiere, möchte ich aus aktuellem Anlass betonen, dass es sehr schmerzhaft ist, dass zurzeit mindestens ebenso viele Vertreter aus Union und FDP sich im Ton vergreifen, wie Vertreter der Opposition. Wer von einer „bürgerlichen Koalition“ spricht, muss sich auch „bürgerlich“ verhalten! Das schließt gegenseitige Beschimpfungen aus. Ich weiß mich darin gerade mit den Aktiven unserer Partei einig: Das Erscheinungsbild der Koalition muss besser werden. Die Grundvoraussetzung dafür haben wir selber zu liefern: Geschlossenheit.

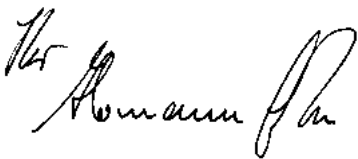
Beim gestrigen Bildungsgipfel – im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz – haben sich Bund und Länder auf einen Qualitätspakt für eine bessere Lehre verständigt. Er wird zu besseren Studienbedingungen und mehr Exzellenz in der Lehre führen. Der Bund stellt dafür zwei Milliarden Euro bereit. Wichtig ist auch, dass Bund und Länder sich trotz massiver Sparnotwendigkeiten weiter grundsätzlich dazu bekennen, in den nächsten Jahren zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung investieren zu wollen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat dabei für eine Überprüfung des Standes im Jahr 2013 plädiert.

Angesichts der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte ist die Finanzierung noch nicht geklärt. Der Bund steht weiter zu seiner Zusage, 40 Prozent der Finanzierungslücke zu übernehmen, um den Ländern bei der Erfüllung des Zehn-Prozent-Ziels zu helfen, kann aber darüber hinaus dem Wunsch der Länder nach einem höheren Anteil an der Mehrwertsteuer bis 2013 nicht nachkommen.

Unmittelbar nach der Ministerpräsidentenkonferenz hat es ein Gespräch zwischen der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten der Länder mit Opel-Standorten gegeben. Sie wissen, dass die FDP auf Bundesebene eine Bürgschaft kategorisch ablehnt. Sie wissen auch, dass die FDP in den betroffenen Ländern zu einer anderen Beurteilung kommt. Das Ergebnis lautet daher, dass die „Opel-Länder“ eigene Hilfsmöglichkeiten prüfen. Zugleich hat die Bundesseite deutlich gemacht, dass Opel die gleichen Chancen für Forschungsgelder zur Verfügung stehen, wie sie von anderen Automobilherstellern bereits genutzt werden.

Ich bin sicher, dass die Länder mit Opel-Standorten im engen Schulterschluss mit dem Unternehmen eine gute Lösung finden werden. Insbesondere die CDU-geführten Landesregierungen sind sich hier einer großen Verantwortung bewusst.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Hermann Gröhe', written in a cursive style.

Hermann Gröhe MdB

Generalsekretär der CDU Deutschlands